

GEGEN DRUCK

linke Monatszeitung aus Bielefeld

23
Mai 1998

3 Staatlicher Rassismus

Bericht von den Aktionen der französischen „sans papiers“

4 „Investieren – nicht spekulieren!“

Die PDS gegen das „raffende“, für das „schaffende Kapital“

6 Gefällige Falschinformationen

Presseerklärung zu mehreren Wohnhausbränden in Bielefeld

7 Frauenwiderstand sichtbar machen

Rede zur Ausstellung „Schwestern, vergeßt uns nicht“

Illegalisierte KurdInnen fordern Bleiberecht in der BRD

Wanderkirchenasyl kommt nach Bielefeld

Seit dem 25. April befinden sich mehr als 20 kurdische Menschen in Bielefeld im Kirchenasyl. Sie beteiligen sich an einem Wanderkirchenasyl, das Anfang Januar in der Kölner Antoniter-Gemeinde seinen Anfang hatte. Über Düren und Aachen kamen die KurdInnen nach Bielefeld, wo sie mindestens vier Wochen bleiben werden. Inzwischen befinden sich ca. 150 Flüchtlinge in verschiedenen nordrhein-westfälischen Städten im Wanderkirchenasyl.

Die Beteiligten und ihre UnterstützerInnen fordern eine generelle politische Lösung für Flüchtlinge in der BRD. Konkretes Ziel ist ein sofortiger Abschiebestopp in die Türkei, darüberhinaus wird in der Erklärung der KurdInnen aus den Kölner Kirchen auch grundsätzlich das Recht eingefordert, seinen Aufenthaltsort frei wählen zu können.

Vor dem Hintergrund einer sich immer weiter verschärfenden Abschiebepaxis der BRD und der andauernden wirtschaftlichen und militärischen Un-

terstützung der Türkei durch die BRD soll mit dem Wanderkirchenasyl politischer Druck auf die Verantwortlichen in NRW aufgebaut werden. Die Flüchtlinge und UnterstützerInnen ziehen dabei Parallelen zu den *sans papiers*, der Bewegung der illegalisierten Menschen in Frankreich (s. dazu auch den Beitrag im Innenteil der Zeitung). Nach der faktischen Abschaffung des Asylrechts und im Zuge der europäischen Harmonisierung der Einreisebestimmungen ist es mittlerweile nahezu unmöglich, als Flüchtling legal in die BRD zu gelangen. Immer mehr Menschen sind gezwungen, in der Illegalität zu leben, ohne die Perspektive, diesen Zustand in absehbarer Zeit ändern zu können. Das Wanderkirchenasyl stellt für die Beteiligten eine Möglichkeit dar, diese Isolation aufzubrechen. Das Risiko, das sie damit eingehen, ist sehr hoch. Deswegen ist Unterstützung und Solidarität für die Beteiligten sehr wichtig. Die beteiligten Initiativen, das *Ökumenische*

Netzwerk Bielefeld zum Schutz von Flüchtlingen sowie die Initiative „Kein Mensch ist illegal“ haben für die nächsten Wochen eine ganze Reihe von Veranstaltungen organisiert, außerdem besteht die Möglichkeit, die Menschen in den Kirchen zu besuchen ✪ (Termine s. letzte Seite). ✪

gd ✪

Kontakt:

Ökum. Netzwerk zum Schutz von Flüchtlingen
c/o Sozialpfarramt, Markgrafenstr. 7, 33602 Bielefeld;
Initiative „Kein Mensch ist illegal“, August-Bebel-
Str. 16-18, 33602 Bielefeld, Info-Telefon: 0521-
893521, Fax: 0521-887238;

Spendenkonto: Kirchenkreis Bielefeld, Stichtwort
Flüchtlinge, SpK Bielefeld, BLZ 480 501 61, Konto-
Nr. 364

Haus in Bielefeld besetzt

Bielefeld. Am 1. Mai haben mehrere Jugendliche in der Sudbrackstraße 25a ein Haus besetzt. In einer Presseerklärung der BesetzerInnen hieß es dazu:

„Menschenwürdig zu LEBEN ist unser Recht, es zu behaupten, unsere Pflicht! (...) Ziel der Besetzung ist, uns, einer Gruppe von mehreren Menschen, die Möglichkeit zu geben, ihre Freizeit kreativ zu gestalten. Den 1. Mai als Datum für die Besetzung haben wir nicht zufällig gewählt. Er steht für uns als der Tag im Kampf für Arbeit, Leben und soziale Belange und somit auch für das Recht auf Wohnraum. Mit diesem Wohnraum allein ist es für uns jedoch nicht getan. Unter eben diesem verstehen wir mehr als eine pure Behausung und das Leben in anonymen Wohnsilos. Leben heißt für uns eben Leben. Dazu gehört unserer Meinung nach die Möglichkeit, sein Umfeld selber und mit anderen Menschen zu gestalten, wie man es möchte. Für einen friedlichen Kampf Sudbrackstraße 25a!“

Als weiteres Vorgehen planen die BesetzerInnen eine Kontaktaufnahme mit den BesitzerInnen des Hauses. Ihr Ziel ist eine Legalisierung der Besetzung mit einem möglichst günstigen Mietvertrag.

Kurz vor Drucklegung erreichte uns die Meldung, daß das Haus von der Polizei geräumt wurde.

gd ✪ ✪ ✪



Auch Bakunin meint:
„Kack' nicht in's eigene Nest!“



opus #23 in h-dur

Schade ... daß uns zur Kommentierung nebenstehender Zuschriften nun wirklich gar nichts eingefallen ist. Gefreut hätte es uns, wäre der Versuch unternommen worden, die Argumente der entsprechenden Artikel zu widerlegen. So bleibt uns wenig mehr, als die Kritik so stehenzulassen, wie sie ist – und darauf aufmerksam zu machen, daß die Auseinandersetzung um den Charakter von breitgefächerten Bewegungen nicht unsere Erfindung ist. Erinnert sei hier nur an die Diskussion um das nationale Moment der Friedensbewegung, eine Debatte, deren Argumente eine frappierende Ähnlichkeit zu den heute vorgetragenen aufweisen. Bleibt zu hoffen, daß wir zumindest von der entsprechenden Antje-Vollmer-Mutation verschont bleiben.

Ansonsten sind wir in der komfortablen Lage, uns in dieser Nummer zurückhalten zu können. Beiträge von verschiedenen anderen Gruppen mit Schwerpunkt auf Bielefelder Ereignissen bilden das Gerüst einer Ausgabe, die so als etwas andere Komposition in Erinnerung bleiben könnte: #23 – Die Unkommentierte.

Die Redaktion



LeserInnenbriefe zur GegenDruck Nummer 21 und 22

„Unerträgliche Arroganz“

Schade, daß man in der Hoffnung auf ein Stück *Gegenkultur* in Bielefeld doch immer wieder zu Eurer Zeitung greift, im Endeffekt ist die Enttäuschung über die Inhalte und die polemische Form der Auseinandersetzung vorprogrammiert.

GegenDruck – der erste Teil des Namens steht wirklich für den (kompletten) Inhalt, wie auch wieder die neueste Ausgabe zeigt. Die Zusammenfassung aller eurer Ausgaben scheint mir in einem Satz möglich zu sein: Nichts könnt ihr so gut wie *dagegen* sein (hier bietet sich immer wieder beliebt das Schweinesystem an) und niemand kann das so gut wie ihr (keine Ausgabe, in der nicht eine politische Aktion oder Bewegung analytisch niedergemetzelt oder bestenfalls als gescheitert bewertet wurde).

In der letzten Ausgabe hatte die Anti-Atom-Bewegung das Vergnügen, sich ihre Abfuhr abzuholen, eine Bewegung, von der man eigentlich denken könnte, daß ihr ihr wohlgesonnen seid, kreidet sie doch wie ihr herrschende politische Zustände an; ist auch „anti“, *gegen* das System (in der Gestalt der Atom-Mafia). Aber man kann sich ja auf euch verlassen; Fehler findet ihr gerne (besonders bei den Anderen) und so toll wie ihr *gegen* das System arbeitet, kann das natürlich niemand.

Thematisiert nun die Anti-Atom-Bewegung den Zusammenhang „Kapital - (Energie)Politik“, um einen Widerstand zu politisieren, der sonst auf der inhaltlichen Ebene: „Wir wollen den Dreck nicht vor unserer Haustür“ verkümmern würde, wißt ihr es natürlich *wieder* besser: Die doofen

Castor-GegnerInnen sitzen dem Gespinnst! der Atom-Mafia auf ... die Deppen tss, tss, tss. (... *Unbeugsame Dörfer oder warum die Atom-Mafia gar keine ist*)

Also: gut, daß es euch gibt, man hätte sich ja fast dem Trugschluß hingeben können, daß es doch noch einen Hauch von Widerstand in diesem Land gibt.

Immer wieder schön ist es natürlich, politisch aktiven Gruppen (oder wie ihr es so reizend formuliert der „*sogenannten Linken*“) vorzuhalten, was sie gerade nicht tun. Nicht nur, daß man als Teil der (ach so hippen und in *jedem Jugendzentrum* vertretenen) Anti-AKW-Bewegung dem Gespinnst Atom-Mafia aufgesessen ist – nein, automatisch läßt man die Revolution scheitern, indem man sich mit den *gemäßigt-bürgerlichen* an einen Tisch (oder noch schlimmer auf ein Gleis) setzt. Pfui.

Natürlich darf auch als moralischer Knüppel das Schlagwort AsylbewerberInnen nicht fehlen, schade, daß ihr die herrschenden Vorurteile reproduziert, demzufolge AsylbewerberInnen natürlich nur in Horden bzw. Busladungen „*einfallen*“ („*Da wird dann auch ‚Rücksicht‘ auf Leute genommen, die bei näherer Betrachtung ihren Widerstand als reaktionäres Ziel verfolgen, die für die Verteidigung ihrer Heimat bis zum äußersten gehen würden. Und das nicht nur, wenn Atomstrahlen vor der Haustür stehen, sondern auch, wenn es statt der Castor-Behälter Busse mit AsylbewerberInnen wären*“)

Nicht in der Hoffnung, Eure unerträgliche ✪ Arroganz auch nur anzukratzen, verabschiedet ✪ sich *Idgie Threadgoode* ✪

„Keine passende Sekte“

Hallo Ihr *GegenDruck*-MacherInnen, schade, daß Ihr so doof seid, um es mal ganz platt zu formulieren. Bielefeld könnte wirklich eine Art linke Stadtzeitschrift gebrauchen, meinetwegen auch sowas wie die Göttinger *EinSatz*, der Ihr ja anfangs nachgeifert habt. Stattdessen bietet Ihr Sektierertum: Mit möchtegern-marxistischen Phrasen und billiger Polemik wird so ungefähr alles, was derzeit für die Linke irgendwo interessant sein kann, in Bausch und Bogen verdammt – bezeichnend für das Niveau ist die Formulierung „*Arbeit kann, kann ich mir jedenfalls vorstellen, innerhalb anderer Produktionsverhältnisse, wesentlich angenehmer sein.*“, die wohl ein Fazit abgeben soll zum Rundumschlag gegen die Arbeitsloseninitiativen in den Ausgaben 21 und 22.

Natürlich dürft Ihr gerne Marxismus-Broschüren lesen und die Welt im allgemeinen Scheiße finden – es ist bloß nicht zu erkennen, was die *GegenDruck* in der Situation noch soll. Ein linkes Diskussionsforum kann das Blättchen

nicht werden, solange Ihr praktisch allen Beiträgen, die nicht von Euch stammen, korrigierende Bemerkungen von doppeltem Umfang voranstellt. Um Gläubigen die Welt zu erklären, sind Eure Artikel leider nicht gut genug, auch scheint es keine passende Sekte zu geben. Um schließlich eine Informationsquelle zu werden, müßtet Ihr eine Menge mehr Arbeit investieren und neben dem Layouten z.B. auch mal recherchieren. Paradebeispiel für letzteres ist Eure von Realitätseinflüssen kaum getrübt Darstellung der Anti-Atomkraft-Bewegung in der Nr. 22, in der ihr sogar so weit geht, die am Castor-Widerstand beteiligten Linken zu „*sogenannten*“ zu degradieren. Worauf beruht Anna Zieglers Erkenntnis? Habt Ihr die Fernseh-Berichterstattung nach vulgärmarxistischen Schlagworten durchsucht und keine gefunden?

Gespannt auf die Anmerkungen, die Ihr ✪ diesem Brief voranstellen werdet, ist ✪ *Beppo Straßenkehrer* ✪

Impressum

Kontakt: Redaktion *GegenDruck*, c/o Infocafé
Anschlag, Heeper Str. 132, 33607 Bielefeld bzw.
gegendruck@bionie.zerberus.de

Auflage: 2.000

Druck: im Eigendruck
V.i.S.d.P.: A. Kolontai

Bankverbindung: Kto. „Verein JZ Bünde“
Nr. 210 012 902 bei der KSK Herford,
Blz. 494 501 20, Stichwort „Medien“

GegenDruck erscheint im World Wide Web unter
<http://www.nadir.org/nadir/periodikal/gegendruck> und im
CL-Netz unter /cl/antifa/magazine.

GegenDruck ist im Abonnement erhältlich: 6 Ausgaben x 1 Exemplar kosten DM 10, 6 x 2–5 Exemplare kosten DM 25, 6 x 6–10 kosten DM 40, 6 x 11–50 kosten DM 50. Förderabos gibt es ab DM 3 im Monat. Spenden in aller Form sind immer willkommen. Ein kostenloses eMail-Abo ist im ASCII-Format erhältlich.

Die nächste *GegenDruck* erscheint am 3.6.1998. Redaktions-schluß ist der 26.5.1998. Artikel der Redaktion sind mit *gd* gekennzeichnet, andere Artikel geben unsere Meinung wieder oder nicht.

Eigentumsvorbehalte: Diese Zeitung bleibt solange Eigentum des Absenders/der Absenderin bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. Zur-Habe-Nahme ist keine Aus-händigung im Sinne dieses Vorbehaltes. Nicht ausgehändigte Exemplare oder Teile, und nur diese, sind dem/der AbsenderIn unter Angabe der Gründe der Nichtaus-händigung zurückzusenden.



Bericht von den Aktionen der französischen „sans papiers“

Staatlicher Rassismus

Im folgenden dokumentieren wir einen Beitrag zum aktuellen Stand der „sans-papiers“-Bewegung in Frankreich. Die Bewegung nahm ihren Ausgangspunkt mit der Besetzung der Saint-Bernard-Kirche in Paris 1996. Die zentrale Forderung der „papierlosen“ MigrantInnen warlist: Papiere für alle! Die gewaltsame Räumung und darauffolgend die Abschiebungen von mehreren BesetzerInnen konnten nicht verhindern, daß sich die Bewegung ausbreiten konnte und von vielen Menschen und Gruppen in Frankreich unterstützt wird. Mittlerweile sind die „sans-papiers“ auf der politischen Bühne zu einem festen Begriff geworden und aus antifaschistischen und antirassistischen Mobilisierungen, sowie der Arbeitslosenbewegung in Frankreich nicht mehr wegzudenken. Der Artikel wurde der französischen Antifa-Zeitung No Pasaran entnommen und übersetzt.

Sans-Papiers: Chronik einer ausländerfeindlichen Woche

Die zusammenarbeitende Linke steht der Rechten [1] in den Bereichen der Repression, des Rassismus und der staatlichen Ausländerfeindlichkeit in nichts nach. Aber müssen wir uns darüber noch wundern?

Sonntag, 15. März:

Gegen 10 Uhr besetzen hundert „sans-papiers“ des 6. Kollektivs (gegründet vor einigen Tagen im 18. Arrondissement) die Notre-Dame de la Gare-Kirche am Place Jeanne d'Arc. Sie fordern die sofortige Freilassung von Bathili Boubakar, der am 10. März festgenommen wurde. Die BesetzerInnen verfolgen desweiteren noch ein anderes Ziel: Die Wiedereröffnung der Akten für eine Regelung für alle.[2] Schnell kommen UnterstützerInnen und Leute aus dem Viertel, um ihre Solidarität und ihre entschlossene Haltung an diesem Tag der „großen Wahlmesse“ [3] zum Ausdruck zu bringen. Darauffolgend die ebenfalls schnelle Stationierung eines beeindruckenden Truppenkontingents der Polizei, die jegliche Kommunikationsmöglichkeit mit den „sans-papiers“ verhindert. Die Spannung steigt als die CRS die „djumbés“ [4] verbietet. Trotz der Blockade ge-

lingt es den UnterstützerInnen, Lebensmittel und Decken in die Kirche zu bringen, wobei sie Angriffen der Polizei ausgesetzt waren. Während dieser Zeit verlaufen die Verhandlungen über die Freilassung von Bathili Boubakar im Sande. Die Zusagen der Behörden lösen sich schnell ins Nichts auf, als auf einen Anruf bei der DICILEC folgend bekannt wird, daß die BesetzerInnen belogen worden sind, da Bathili schon nach Roisy gebracht wurde, um von dort abgeschoben zu werden. Gegen 20 Uhr lassen die Bewegungen von Spezialeinheiten darauf schließen, daß eine bevorstehende Räumung droht. Die massenweise Präsenz von UnterstützerInnen trägt nach Meinung vieler ohne Zweifel dazu bei, daß die Behörden unschlüssig und wenig dazu geneigt sind, einen Wahlabend mit dem Bild einer zweiten Kirche Saint-Bernard zu versehen. Die Haltung des von der Pfarrgemeinde beauftragten Priesters war während des ganzen Tages besonders widerlich. Sehr intensiv beschäftigt mit der Reinhaltung der Kirche, schließt er die Toiletten, dreht die Heizung und den Strom ab, um dann die Schlüssel der Kirche schließlich den Ordnungskräften zu übergeben ... Schon am frühen Morgen um 6 Uhr findet eine Demonstration der Stärke statt, die mit denen vergleichbar ist, die man schon in der Vergangenheit erlebt hat. Beschimpfungen, Schläge, die Trennung von Weißen und Schwarzen ... Die „sans-papiers“ werden sofort in Polizeigewahrsam genommen und zum „dépôt de la Cité“ verfrachtet. Einer der Delegierten des 6. Kollektivs kommt in den Genuß des „Rechts“ auf eine besondere Behandlung: digitale Registrierung seiner Fingerabdrücke, Fotos, rassistische Beschimpfungen und Demütigungen aller Art. Die repressive Gewaltspirale hat nun erst begonnen und wird sich im Laufe der Woche verschärfen.

Montag, 16. März:

Um 12 Uhr Versammlung vor der Polizeipräfektur „La Cité“. Alles ist schon vor Ort, um jegliche Auseinandersetzungen zu ersticken. Spezialeinheiten und Geheimdienst sind überall, auf dem Platz vor der Polizeipräfektur und in der Metro. Ankommende UnterstützerInnen und „sans-papiers“ werden sofort festgenommen. Diejenigen, die der Mausefalle entgehen und sich sammeln können, werden sofort eingekreist und niedergeknüpelt. Weitere Protestversuche derselben Art an diesem Tag erfahren dasselbe Schicksal.

Mittwoch, 18. März:

Um den zweiten Jahrestag der Besetzung der Kirche Saint-Ambroise zu feiern, besetzen hundert AfrikanerInnen, die aus den Arbeitervierteln von Paris und ihrer Vorstädte gekommen

sind, dieses Mal die Kirche Saint-Jean de Montmartre im 18. Arrondissement. Unglücklicherweise können sie dort nur einige Stunden bleiben, bevor sie alle verhaftet werden. Insgesamt gab es also während einiger Tage mehr als 300 Verhaftungen in Paris.

Die Woche endet mit dem Eifer und der einfach bemerkenswerten Leistung der Justizbehörden. Der 35. „bis“, der Menschen ohne geregelte Aufenthaltsgenehmigung verurteilt, hat anschließend mehr als 24 Stunden ohne Unterbrechung getagt, wie in den guten alten Zeiten von Saint-Bernard. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden schon ungefähr 10 Menschen mit dem Flugzeug abgeschoben, gefesselt, betäubt mit Alkohol und Chloroform, ganz in der Tradition von Pasqua-Debré. [5] Die anderen verhafteten „sans-papiers“ warten im Gefangenenlager, bis sie an der Reihe sind. Die Regierung versucht offenkundig das unvermeidliche Wiederaufleben der „sans-papiers“-Bewegung im Keim zu ersticken. Man schätzt, daß heute ungefähr 70.000–100.000 Menschen einen Bescheid über das Verlassen des französischen Territoriums erhalten haben. Diese 100.000 Menschen, die alle die Akten für eine Regulierung ihrer Situation ausgefüllt haben, befinden sich in einer schlimmeren Situation, wie vor dem Rundschreiben von Chevènement [6], weil daran erinnert werden muß, daß die Polizeibehörden nun Karteikarten mit Adressen, Arbeitsplätzen und Koordinationen der Leute, die „sans-papiers“ beherbergen, in ihren Händen halten. Sie werden nicht zögern, neue Verhaftungen durchzuführen.

Seit mehreren Wochen taucht die Bewegung der „sans-papiers“ wieder auf und verstärkt sich: Die erste langandauernde Besetzung der Kathedrale von Évry von 40 Menschen des Kollektivs 91, gefolgt von 50 Menschen des Kollektivs 94, die die Kathedrale von Créteil besetzten. Neuigkeiten und neue Möglichkeiten ergeben sich durch das Erscheinen der mehr und mehr wichtigen Mobilisierung in den Arbeitervierteln von Paris und ihren Vorstädten auf der politischen Bühne. Dies zeigt, daß der seit zwei Jahren andauernde, engagierte Kampf heute damit beginnt, Früchte zu tragen. Zum Zeitpunkt



der Besetzungen schlossen sich auch AfrikanerInnen mit legalem Aufenthaltsstatus der Bewegung solidarisch an. Aber die Solidarität endet nicht hier, wie der relative Erfolg der letztlich durchgeführten, unterschiedlichen Aktionen auf dem Flughafen von Roissy gezeigt hat. Zum wiederholten Male haben sich Passagiere entweder geweigert, das Flugzeug zu besteigen oder mit Nachdruck ihren Unmut demonstriert. Die Behörden waren dazu gezwungen, die „sans-papiers“ aus dem Abschiebeverfahren herauszunehmen.

Es ist nicht verwunderlich festzutellen, daß diese Regierung versucht, jede Solidarität zwischen Franzosen und AusländerInnen zu verhindern. Das ist das Ziel der geänderten Fassung des 21. Artikels des Erlasses von 1945, der von Chevènement verbessert wurde. Nach diesem Artikel würden sich Gewerkschaften, Organisationen und Kollektive, die die „sans-papiers“ unterstützen, vor Gericht strafbar machen. Es ist ein wahr-

haftes Solidaritätsdelikt, das an das Gastfreundschaftsdelikt des ersten Gesetzes von Debré erinnert. In diesen Zeiten der feierlichen Erinnerung an die großen Werte der Republik von seiten Jospins und Chiracs, ist das Gegenteil der Fall. Die Brutalitäten der Polizei, die Mißachtung elementarer Rechte, die Desinformation und die Lüge begleiten das Wieder-an-die-Macht-kommen der Sozialisten. Die erfolgreiche Anstrengung der Regierung, AusländerInnen zu den Sündenböcken der französischen Politik zu machen bestätigt, daß die staatliche Ausländerfeindlichkeit der gemeinsame und wichtigste Wert der Demokraten der zusammengesetzten Linken und Rechten ist. ❖

Comission SCALP/REFLEX ❖

(aus: *No Paseran!* April 1998) ❖

[1] „*Gauche plurielle et Droite plurielle*“ verweisen zum einen auf die derzeitige linke Regierungskoalition aus Sozialisten (PS), Kommunisten (PCF) und Grünen unter dem Ministerpräsi-

denten Lionel Jospin und zum anderen auf das ehemalige Regierungsbündnis der konservativen und republikanischen Rechten (RPR und UDF).

[2] Die zentrale Forderung der BesetzerInnen der Saint-Bernard-Kirche 1996 war die Wiedervorlage und Bearbeitung aller Akten von „sans-papiers“ und ihre Anerkennung mit legalem Aufenthaltsstatus.

[3] An diesem Tag fanden in Frankreich Regionalwahlen statt.

[4] Gemeint sind wahrscheinlich afrikanische Trommeln.

[5] Pasqua und Debré waren die jeweiligen Innenminister der letzten beiden rechten Regierungskoalitionen unter Chirac und Juppé.

[6] Chevènement ist der derzeitige Innenminister der linken Regierungskoalition; er gehört dem linksnationalistischen Flügel der Sozialistischen Partei an.



Die PDS gegen das „raffende“ und für das „schaffende Kapital“

„Investieren – nicht spekulieren!“

Stolz wird auf den Internetseiten der PDS (<http://www.pds-online.de>) und im PDS-Pressedienst Nr. 8/98 über die jüngste spektakuläre Aktion führender PDS-PolitikerInnen berichtet. Unter dem Slogan „Investieren – nicht spekulieren!“ blockierten sie am 13.2.98 den Eingang der Börse in Frankfurt/Main. Die zu diesem Anlaß veröffentlichten Texte haben es in sich.

Demnach fand die Aktion vor der Börse statt, weil sie „eines der Zentren großer Spekulationsgewinne und wirtschaftlicher sowie sozialer Gefahren in Deutschland“

sei, sie sei „Ausgangspunkt

gen“ und der Finanzkrach in Asien sei „in Frankfurt/Main, New York und Tokio verursacht worden“. Ursache sei die Gewinnsucht „jener, die gar nicht mehr wissen, wohin sie mit ihrem Reichtum – außer an die Börsen sollen“ und die Raffgier der Großbanken und die Politik einer „willfährigen“ Bundesregierung, die zusammen mit der Börse, die „Verselbständigung der Finanzmärkte betreiben“ würde.

Die Leidtragenden der auf den internationalen Märkten getätigten Spekulationen seien mittelständische Unternehmen, Handwerker und die „Schwachen und Schwächsten“. Die politisch organisierte „Deregulierung der Finanzströme“ sei eine „ungeheure Gefahr [...] für Arbeitsplätze und Investitionen hierzulande, Weltwirtschaft und ökologischen Umbau international sowie für die Entwicklungschancen der Länder des Südens und Ostens“. Die Verluste aus den „Spekulationen in Asien“ hätten die deutschen „Steuerzahlerinnen und Steuerzahler“ zu begleichen. Bedroht seien „die Grundlagen der Bundesrepublik als demokratischer und sozialer Bundesstaat“. Gefordert wird von der PDS, die „Privilegierung des Finanzkapitals auf die Privilegierung des Produktiv- und damit des Produktionskapitals“ umzustellen [1].

So sieht also das Weltbild führender PDS-PolitikerInnen aus, deren Konzepte das öffentliche

Agieren der PDS weitgehend bestimmen. Auf der einen Seite wird das Finanzkapital ausgemacht und das Bild der vaterlandslosen Verschwörung aus Börsenspekulanten, Großbanken und Bundesregierung gezeichnet. Diese seien die Ursache der Krisen und Übel in der Welt. Auf der anderen Seite gäbe es die Opfer: die nationalen, steuerzahlenden BürgerInnen und die tüchtigen und produktiven Unternehmen, die investieren und Arbeitsplätze schaffen würden. Zwischen den einen und den anderen bestünde ein Raubverhältnis.

Die PDS-Argumentation reproduziert hier eine zentrale Denkfigur antisemitischer Ideologie, die über das „raffende“ und das „schaffende Kapital“. Diese Denkweise beinhaltet eine Identifizierung verschwörerischer Mächte, die global agieren würden, wurzellos seien und mittels ihrer Geldmacht im Hintergrund die Fäden ziehen würden, mit dem „raffenden Kapital“. Das Opfer dieser Umtriebe sei das „schaffende Kapital“: die nationale, bodenständige, mit ihrer Heimat verwurzelte, produzierende Gemeinschaft aus Unternehmen und Arbeitern. Im Unterschied zum voll entwickelten Antisemitismus wird in der PDS-Argumentation aber keine Personifizierung der abstrakten, verschwörerischen Mächte, des „raffenden Kapitals“ im „Juden“ vorgenommen. Und es wäre sicherlich auch falsch anzunehmen, es steckte so eine Intention dahinter. Nicht nur wegen der Biographien einiger PDS-Promis. Doch wie groß ist der Schritt im Denken, um vom „Spekulanten an der Wall Street“ zum „jüdi-



punkt
und Symbol
größter sozialer Zerstörungen
und wirtschaftlicher Bedrohungen



schen Spekulanten an der Wall Street“ zu gelangen?

Nach Moishe Postone [2] sind die antisemitische Ideologie zugrundeliegenden Denkfiguren objektive Gedankenformen, d.h. Formen notwendig falschen Bewußtseins, die durch die Verschleierung des Wesens des Kapitals hinter seinen Erscheinungsformen erzeugt werden. Solch eine im Denken vor sich gehende Mystifikation der Verhältnisse bezeichnete Marx als Fetisch [3]. Waren, Arbeit und Kapital zeigen einen Doppelcharakter, sie erscheinen als in eine konkrete und eine abstrakte Seite, die in einem Gegensatz zueinander stehen, gespalten. Die konkrete Seite ist der stoffliche, industrielle Produktionsprozeß, die abstrakte Seite sind die über Markt und Geld vermittelten auf die Privatarbeiten wirkenden Zwänge. Die Denkformen der Menschen werden durch diese Erscheinungsformen bestimmt. Die Gesetze der Wertverwertung, über die sich die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen als objektive Zwangsverhältnisse, als „zweite Natur“, die den Menschen gegenübertritt, hinter den Rücken der Menschen durchsetzen, bleiben unverstanden. Die konkrete und abstrakte Seite der kapitalistischen Produktionsweise werden personifiziert und die Ursachen der Erscheinungen werden auf das willentliche Handeln der Gruppen, in denen die Personifizierung vorgenommen wird, zurückgeführt. Nicht durchschaut wird, daß „Unternehmer“ und „Arbeiter“, „Banker“ und „Spekulanten“ nur Charaktermasken (Marx) sind, d.h. die Personifizierungen stehen nur für objektiv notwendige Funktionen im Reproduktionsprozeß des Kapitals.

Antisemitisch strukturiertes Denken ist ein ideologischer Reflex auf den Doppelcharakter der Erscheinungsformen des Kapitals. Die konkrete Seite, das industrielle Kapital wird als nichtkapitalistisch, ewig und natürlich verklärt und mit Attributen wie national, verwurzelt, produktiv, schaffend verknüpft. Als fremd, wurzellos, international, unproduktiv, raffend, als kapitalistisch wird das Geldkapital aufgefaßt. Die fortschreitende Entwicklung des Kapitalverhältnisses ist mit einer zunehmenden Verselbständigung des prozessierenden, sich selbst verwertenden Wertes verbunden. Alle Schranken werden durch das Kapital niedergerissen, nationale und traditionelle Zusammenhänge aufgelöst und persönliche, unmittelbare Herrschaftsverhältnisse zerstört. Das befördert, die abstrakte Seite des Kapitals zuneh-

mend in verschwörerischen, immer weniger fassbaren Mächten wahnhaft zu personifizieren. (...)

Es gibt aber keinen logisch zwingenden Grund, daß sich antisemitisch strukturiertes Denken ausschließlich gegen Juden richten könne. Die Personifizierung kann durchaus auch in anderen Gruppen vorgenommen werden, wenn ihnen Abstraktheit, Unfaßbarkeit, Internationalität, Geldmacht wahnhaft zugeschrieben werden kann. Vielleicht liegt hier auch eine Erklärung, warum in Deutschland „organisierte Kriminalität“, „Ausländerkriminalität“ oder „Scientology“ so wahnhaft wahrgenommen werden und heutzutage so ein beliebtes Thema sind. Die öffentliche Artikulation eines gegen Juden gerichteten Antisemitismus ist wegen Auschwitz (noch) weitgehend tabuisiert, doch das antisemitisch strukturierte Denken bedarf der Objekte, in denen es die Ursache der ausgemachten Übel personifizieren kann.

Dafür, daß jetzt die PDS bei antisemitisch strukturierten Argumentationen landet, lassen sich Gründe im Charakter ihrer bisherigen inhaltlichen Positionen finden. Der „Antikapitalismus“ der PDS ist einer, bei dem die kapitalistische Vergesellschaftung nicht wirklich in Frage gestellt werden soll. Deren soziale Folgen werden von der PDS angeprangert und es werden Forderungen nach „sozialer Gerechtigkeit“, „Umverteilung von oben nach unten“ und „Arbeit für Alle“ erhoben. Diese Ziele sollen durch nationales „Politik machen“ erreicht werden. Wer aber durch nationales „Politik machen“ – ob der Schwerpunkt dabei nun auf parlamentarische oder außerparlamentarische Praxis gesetzt wird, ist sekundär – im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise die Folgen des Kapitalismus abschaffen will, kann das Wirken objektiver Zwangsverhältnisse, die durch die Wertvergesellschaftung konstituiert werden, nicht anerkennen. Deren Anerkennung würde das „Politik machen“ ad absurdum führen. Denn wie sollten dann durch den Austausch des Regierungspersonal und eine „andere Politik“ die ungeliebten Folgen wirklich beseitigt werden können? Die Existenzberechtigung der PDS würde in Frage gestellt, wenn die Zwecke, für die sich die PDS-Mitglieder zur Partei zusammengeschlossen haben, in Frage gestellt würden. Also muß für die sozialen Folgen das subjektive Handeln von gesellschaftlichen Gruppen verantwortlich gemacht werden, indem diesen wahlweise böswillige Absichten oder Unfähigkeit unterstellt werden. Diese Gruppen werden in den Börsenspekulanten und in den Großbanken als augenfälligste Symbole für das Gewinnstreben im Kapitalismus gefunden. Und die machthabenden politischen Kräfte seien diejenigen, die aus eigenem Interesse oder Unfähigkeit die Raubzüge unterstützen würden. In dieser Weise macht der verkürzte Antikapitalismus für die oben beschriebene antisemitische Denkform anfällig.

Wer sich bisher damit tröstete, daß die PDS die kapitalistischen Verhältnisse zwar nicht wirk-

lich in Frage stelle, sie doch aber immerhin ein sozialdemokratisches Reformprogramm vertrete und sie ein relatives Gegengewicht gegen den gesellschaftlichen Rechtsruck bildete und sie deshalb immer noch das kleinere Übel im Vergleich zu den anderen sei, sollte sich fragen, ob diese Einschätzung tatsächlich zutrifft oder ob sie nicht eher auf Selbsttäuschung beruhte. Schon in den vergangenen Jahren offenbarte die PDS sehr unangenehme Seiten. Da wären die Bekenntnisse zur Nation aus den Reihen dieser Partei und die nicht vom Denken gewöhnlicher Deutscher unterscheidbaren nationalistischen und rassistischen Anschauungen beträchtlicher Teile ihrer Basis im Osten oder auch die antizionistischen Ausfälle in PDS-Presseerklärungen [5]. So ist es dann auch kein Wunder, daß sich auch die völkisch-nationalistische Zeitung *Junge Freiheit* gerne mal positiv auf PDS-Argumentationen bezieht [6]. Durch solche populistischen Aktionen wie die vor der Börse und den mitgelieferten Begründungen, wird nun die im Alltagsbewußtsein der Menschen verbreitet vorhandene antisemitische Denkform bedient. Auf diese Weise wird aus der PDS heraus dazu beigetragen, die gesellschaftlichen Bedingungen hin zu einer weiteren Gesellschaftsfähigkeit auch des offenen, gegen Juden gerichteten Antisemitismus zu verändern. Von einer Partei, die solche Entwicklungen befördert, ist keine wirksamer Beitrag gegen die deutschen Zumutungen zu erwarten. Das können sowohl der Aktivismus einiger linker Unentwegter mit gutem Willen in der PDS, die aber den Charakter dieser Partei auch nicht so richtig wahrhaben wollen, als auch die engagierte Arbeit von Ulla Jelpke im

Jan Perwitz (gekürzt)

[1] Die Zitate in den beiden vorhergehenden Absätzen stammen aus einem Text, der unter der Internetadresse „<http://www1.pds-online.de/aktuelles/text04.htm>“ zu finden ist.

[2] Moishe Postone, „Nationalsozialismus und Antisemitismus. Ein theoretischer Versuch“, Merkur, H.1/1982, S.13-25

[3] Karl Marx, „Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie“, Bd.3, Dietz Verlag Berlin, 1989, S.404ff.

[5] So in einer Erklärung des Bundesvorstandes der PDS vom 15.4.1996, PID 16/96

[6] Z.B. *Junge Freiheit*, 25.4.97





Presseerklärung zu mehreren Wohnhausbränden in Bielefeld

Gefällige Falschinformationen

I. Hintergrund:

Innerhalb der letzten fünf Monate hat es in Bielefeld des öfteren in ausschließlich oder mehrheitlich von Nichtdeutschen bewohnten Häusern gebrannt. Ein Mensch starb, etliche wurden verletzt, viele obdachlos und verloren den Großteil ihrer persönlichen Habe. In die Öffentlichkeit gelangten nur die Brände in der Albrechtstraße, in der Walther-Rathenau-Straße und in der Heeper Straße. Aus dem Bekanntenkreis wissen wir von noch zwei ähnlichen, aber glimpflicher verlaufenen Bränden kurz vorher, auf andere ist also zu schließen. Bis auf den Brand in der Albrechtstraße, wurde letztendlich in allen Fällen eindeutig Brandstiftung als Brandursache festgestellt.

Bei den beiden nicht in die Öffentlichkeit gelangten Brandstiftungen wurden die Ermittlungen schnell eingestellt; in zumindest einem Fall gab es aber durch frühere Sprühereien und Drohungen durch Nachbarn zumindest Anhaltspunkte für eine rassistische Täterschaft. Nicht alle Untersuchungen können zur Aufklärung des Sachverhalts führen, aber die Ermittlungen bei den folgenden, öffentlich gewordenen und folgenschwereren Bränden hätten vor diesem Hintergrund geführt werden müssen.

II. Strukturen polizeilicher und staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen:

Es stellt sich aber recht anders dar! In allen der drei folgenden Wohnhausbränden wurde noch während der Löscharbeiten als Brandursache „technischer Defekt“, bzw. „Kabelbrand“ angegeben, obwohl zu diesem Zeitpunkt noch keinerlei Ermittlungsergebnisse vorliegen konnten. So mußten diese Behauptungen auch später zumindest bei den Bränden in der Walther-Rathenau-Straße und in der Heeper Straße zurückgenommen und zu „eindeutig Brandstiftung“ korrigiert werden. Da es sich also eindeutig nicht um Erkenntnisse, sondern um Behauptungen ohne faktischen Hintergrund handelte, muß festgestellt werden, daß hier eine bewußte und gewollte Fehlinformationspolitik betrieben wurde!

Die Zurücknahme dieser Falschinformation

nen führte nun aber keineswegs zu einer sachlichen Darstellung der faktischen Hintergründe und Ermittlungsstände, sondern wurde, zumindest bei den Bränden in der Walther-Rathenau- und in der Albrechtstraße, gleich durch die nächste gezielte Fehlinformation ergänzt: Ein „ausländerfeindlicher Hintergrund“ (also ein rassistisches Tatmotiv) könne ausgeschlossen werden. Diese Behauptung ist angesichts des gleichzeitigen Eingeständnisses völliger Unwissenheit in Bezug auf Tathergang, Täter und Tatmotiv zwar eigentlich absurd, aber doch bezeichnend und, was die weiteren Ermittlungen betrifft, richtungswesend! Weil ein Anschlag von außen willkürlich ausgeschlossen wird, bleibt nur noch der Verdacht nach innen! Und es werden schnell fast standardisierte Tatmotive genannt: Wahlweise Versicherungsbruch oder Familienstreitigkeiten. Als Indizien reichen dann z.B. eine bestehende Brandschutzversicherung (hat ja sonst niemand), irgendein Streit in den letzten Jahren (kommt ja sonst nirgends vor), oder Hypotheken (hat ja sonst niemand Hauskaufschulden). Daß die angeblichen BrandstifterInnen selbst im Haus wohnten, selbst geschädigt und vor allem sie und die eigene Familie gefährdet wurden, tut angesichts dieser Indizien nichts mehr zur Sache! Zutrauen muß man „denen“ ja inzwischen alles, um an ein bißchen Geld zu kommen! Welche rassistischen Bilder mit dieser „Informations“-Politik bedient werden, soll hier aber nicht weiter ausgeführt werden.

Letztendlich werden die Ermittlungen aller Voraussicht nach im Sande verlaufen. Wir behaupten weder, daß die Ermittlungen in jedem Fall etwas hätten ergeben müssen, noch daß es sich eindeutig um rassistisch motivierte Anschläge gehandelt hat. Wir wehren uns nur dagegen, daß Ermittlungen gar nicht in diese Richtung geführt werden und daß durch eine gezielte Fehlinformationspolitik das Bild entsteht, als ob keine rassistischen Anschläge mehr stattfinden und damit eine für MigrantInnen und Flüchtlinge bedrohliche Realität verleugnet und verharmlost wird! In der überregionalen Presse erschien in dem Brandanschlag in der Walther-Rathenau-Straße durch die Aussagen der Ermittlungsbehörden die Darstellung eines „Brandunglücks“, eine Richtigstellung

gab es nicht. Es muß also jede Meldung von „Bränden durch technischen Defekt“ kritisch hinterfragt und trotzdem davon ausgegangen werden, daß es sich um einen Anschlag handeln könnte; wobei ein rassistischer Hintergrund nie auszuschließen ist, solange keine eindeutigen Hinweise auf andere Motive vorliegen!

III. Kleiner Rückblick

Bei all dem handelt es sich nicht um eine Bielefelder Besonderheit. Diese Art von Ermittlungen hat sich in den letzten Jahren bundesweit durchgesetzt. Die Namen der Städte Lübeck, Hattingen und Stuttgart stehen neben anderen für dieses Prinzip der Opfer-Täter-Verkehrung. In Lübeck wurde, trotz offensichtlicher Hinweise auf faschistische Täter (Präsenz am Tatort, klare Brandspuren an Körper und Kleidung, ...), sofort gegen die Überlebenden des Brandes ermittelt. In der Folge fand ein Prozeß gegen einen der Bewohner des Hauses statt, der eineinhalb Jahre nach der Tat mit Freispruch endete. Gegen die wahrscheinlichsten Täter, die Nazis aus Grevesmühlen, wurde nie ernsthaft ermittelt. In Stuttgart und Hattingen hat es sich so ergeben: Ein „ausländerfeindlicher“ Hintergrund wurde ausdrücklich ausgeschlossen und die Ermittlungen trotz ausreichender Hinweise nicht in diese Richtung, sondern gegen die Brandopfer geführt. Der entsprechende Prozeß endete mit „Freispruch aus Mangel an Beweisen“. Nachdem die Betroffenen damit sozial geächtet und ihrer Lebensgrundlage beraubt waren, wurden in beiden Fällen die Täter durch Zufall wegen anderer Delikte gefunden: Deutsche Männer mit eindeutig rassistischen Motiven!

IV.: Gefällige Falschinformation:

Wie kommt nun ein Herr Heiddrede, ermittelnder Staatsanwalt, oder ein Herr Schulze, Pressesprecher der Polizei Bielefeld, zu den angeführten Behauptungen? Der Reflex, rassistische Hintergründe als einzige solange ausdrücklich auszuschließen wie sie nicht eindeutig nachgewiesen sind, zeigt nur, wie wahrscheinlich auch diese Herren sie eigentlich finden; und daß sie alles rausfinden wollen, bloß das nicht! Dieses Interesse teilen sie mit der (des-) interessierten Öffentlichkeit und müssen deshalb auch nicht befürchten, hinterfragt zu werden. Dies hat mit Ermittlungen aber nicht die Bohne zu tun, sondern ist gezielte Falschinformation. Werden sie nach der Grundlage ihrer Behauptungen gefragt, wiegeln sie ab. Wir fordern hiermit die beiden genannten Herren auf, zu erklären, wie sie ohne Erkenntnisse Beurteilungen und Ausschließungen von sich geben können, und wie sie in diesem Zusammenhang dem Vorwurf der Falschinformation und der gezielten Irreführung der Öffentlichkeit begegnen. Desweiteren fordern wir sie auf, den aktuellen Stand der Ermittlungen offenzulegen

Wider den rassistischen Normalzustand in dieser Gesellschaft! ✘

Initiative gegen Ausgrenzung (IGA), ✘

AntiDiskriminierungsbüro Bielefeld ✘

Frauenwiderstand sichtbar machen

Die Gründe, warum wir die Ausstellung zeigen, sind sehr vielschichtig und können hier auch nur zum Teil erläutert werden.

Zum einen ist es uns wichtig, Frauen in der Geschichte sichtbar zu machen, da ihnen in der Geschichtsschreibung bis heute nur eine Nebenrolle zugewiesen wird.

Auch im Nationalsozialismus wurde unter dem Deckmantel einer „Glorifizierung des Weiblichen“ eine frauenverachtende Politik betrieben. Und trotzdem gab es Frauen, die aktiv Widerstand geleistet und gelitten haben.

Von seiner Bedeutung her steht dieser weibliche Widerstand dem männlichen in nichts nach (von seiner Bekanntheit schon!). Und dabei waren es vor allem Frauen, die sich für eine gesellschaftliche Untergrabung der faschistischen Ideologie eingesetzt haben und doch wird ihnen bis heute nicht die angemessene Bedeutung geschenkt.

Die öffentlich vorgetragene Hochschätzung, die die „arische Frau“ durch die nationalsozialistische Propaganda erfuhr, entspricht dem Zynismus und der Brutalität, mit der die Frauen behandelt wurden, die sich dem NS-Regime widersetzen.

Die Kontinuität sexistischer Unterdrückungsmechanismen läßt sich durch viele Beispiele veranschaulichen. Würden im Nationalsozialismus sogenannte nicht-arische Frauen zwangssterilisiert, wird heute die Vergabe von Geldern im Rahmen der sog. Entwicklungshilfe an Zwangssterilisationsprogramme für bzw. gegen Frauen in der sog. Dritten Welt geknüpft. Die Zwangssterilisation von behinderten Frauen ist heute, genau wie damals, gängige Praxis.

Zum anderen geht es um die aktive Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus.

Wir meinen, daß eine staatlich verordnete Vergangenheitsbewältigung wie im Gedenkjahr '95 nur den Sinn haben kann, mit dem Gedenken abzuschließen, das Gewissen zu beruhigen und so die Verantwortung für das Hier und Jetzt von sich zu schieben. Gerade aber das Hier und Jetzt ist unser Anliegen.

So geht es nicht nur um das Gedenken, sondern auch um die kritische Wahrnehmung und die Analyse der Machtmechanismen, die zu diesen Verbrechen geführt haben. Es ist wichtig, auch heute solche Mechanismen und Strukturen wahrzunehmen und zu bekämpfen.

Konkurrenzverhalten, Entsolidarisierung, Ausgrenzung und Abschottung nach außen prägen heute die gesellschaftliche Situation.

Anhand der Veranstaltungen im Rahmen der Ausstellung soll die Möglichkeit bestehen, Bezüge zwischen Geschichte und Gegenwart herzustellen.

Am Beispiel der Zwangsarbeit bei Siemens und anderen Konzernen, über die Ursula Krause-Schmidt berichten wird, werden kapitalistische Verwertungsinteressen aufgezeigt, die auch heute zur Ausbeutung nicht nur von Menschen in der sogenannten Dritten Welt führen. Anna Metzbach berichtet über die Verfolgung und Diskriminierung der Sinti und Roma. In diesem Zusammenhang steht für uns die Auseinandersetzung mit der Diskriminierung sogenannter Minderheiten, wie sie auch heute stattfindet.

Viele Menschen müssen in der BRD Zuflucht suchen. Dieses aus den verschiedensten Gründen wie z.B. politischer oder religiöser Verfolgung, wirtschaftlicher Not, Krieg oder Verfolgung aufgrund ihres Geschlechts. Kein Mensch flieht freiwillig – auch heute nicht.

Flüchtlinge sind hier einer rassistisch und sexistisch geprägten Asylgesetzgebung unterworfen. So werden beispielsweise frauenspezifische Fluchtgründe nicht anerkannt, sondern ignoriert. Offensichtlich ist auch die Art und Weise, wie mit Flüchtlingen und MigrantInnen hier umgegangen wird. Sie werden in Sammellager gebracht oder in Abschiebeknästen inhaftiert, als sei ihre Not ein Verbrechen.

Angesichts wiederholter Forderungen verantwortlicher aber verantwortungsloser PolitikerInnen, endlich einen Schlußstrich unter die Vergangenheit zu ziehen, als DeutscheR das BüßerInnengewand abzulegen und wieder mehr Selbstbewußtsein zu zeigen, angesichts von Warnungen vor einer „durchrassten und multikriminellen Gesellschaft“ erscheint es uns notwendig, Zusammenhänge zwischen Vergangenheit und Ge-



genwart aufzuzeigen.

Ein Staat, der eine solch ausländerInnenfeindliche Politik betreibt, macht sich mitschuldig, wenn Flüchtlingsheime brennen. Und dabei ist klar, daß Aktivitäten militanter Faschistinnen und Faschisten nur die Spitze des Eisberges sind.

Morgen, am 20. April wird wie jedes Jahr auch in Bielefeld wieder gefeiert werden – der Geburtstag Adolf Hitlers.

Unser Anliegen ist es, solchen Tendenzen entgegenzuwirken und aktiv Stellung zu beziehen gegen sexistische, rassistische und nationalistische Äußerungen und Taten.

Und dazu gehört auch diese Ausstellung. Sie soll ein Zeichen unseres Widerstandes sein. Sie ist eine der zahlreichen Handlungsmöglichkeiten, um Bewußtsein zu bilden, aufmerksam zu machen, zum Handeln aufzufordern.

Auf dem Weg zu einer herrschaftsfreien Gesellschaft.

Frauenprojektgruppe

„Erinnern an Ravensbrück“



Bauordnungsamt auf Abwegen?!

Bielefeld. Am Dienstag, den 28.4., kamen Leute vom Bauordnungsamt auf das Gelände der FrauenLesben-Wagenburg Wagabanda, um Anzahl und Personalien der Bewohnerinnen festzustellen – die Voraussetzung für eine Räumung. Nachdem eine Frau, die sie angetroffen hatten, ihnen nicht die gewünschten Informationen geben konnte, drohten sie mit einer illegalen Räumung, sprich, die Bauwagen einfach mit Räumfahrzeugen wegzuschaffen.

Die Rechtsanwältin der Bewohnerinnen, die sofort eingeschaltet wurde, wies die Beamten aber wieder in ihre Schranken und damit darauf hin, daß sie den Rechtsweg einzuhalten hätten.

Am Sonntag, den 24.5., ab 12 Uhr findet auf dem Platz ein Brunch mit anschließendem Flohmarkt für FrauenLesben – also: kommt alle und bringt euren Krempel mit, alles, was ihr schon immer loswerden wolltet oder nie wegzuschmeißen wagt!

Wagabanda bleibt!

Und die Sudbrackstraße natürlich auch!

Lotta Piesepampel



AJZ von Nazis angegriffen

Bielefeld. Am Samstag, den 4.4.98 wurde das *ArbeiterInnen-Jugendzentrum* (AJZ e.V.) an der Heeperstr.132 gegen 20.30 Uhr von ca. 30 Neonazis angegriffen. Diese skandierten die rassistischen Parolen „Deutschland den Deutschen“ und „Ausländer raus“, während sie mit Steinen und Flaschen gegen die Fassade und die Fensterscheiben warfen.

Da das Haus von den anwesenden AktivistInnen rechtzeitig geschlossen werden konnte, passierte nichts Schwerwiegendes.

Die Faschisten flohen nach kurzer Zeit, immer noch mit Schlagwerkzeugen bewaffnet, an den Carl-Severing-Schulen vorbei in den Ravensberger Park Richtung Innenstadt.

Die von uns alarmierten Polizeikräfte, die verhältnismäßig schnell vor Ort gewesen sind, haben niemanden festgenommen, obwohl um ca. 21.20 Uhr ein Teil der Gruppe (ca. 10–12 Personen) in Höhe der Aral-Tankstelle an der Heeperstraße mit zwei Polizeifahrzeugen im Schlepptau von AnwohnerInnen, die uns später verständigten, gesehen worden sind.

Die Polizei konnte aber nach eigenen Angaben keine Personalien feststellen.

Nicht nur im Bielefelder Osten am AJZ treten verstärkt Neonazis auf, in ganz Bielefeld und Umgebung, in der ganzen BRD, in ganz Europa und auch international trifft man (auf) sie!

Wir werden diese Verhältnisse nicht länger hinnehmen! Rassismus ist wieder und immer noch gesellschaftsfähig. Auch wenn diese Gesellschaft, (in der wir alle leben [müssen]), ihn akzeptiert und teilweise unterstützt, so rufen wir an dieser Stelle erst recht alle fortschrittlich denkenden Menschen auf, Widerstand zu leisten, bzw. sich wenigstens zur Wehr zu setzen.

Die AJZ-Hausversammlung ❄❄❄

Anti-EU/G7 1999 in Köln

Bielefeld. Im Mai/Juni 1999 werden in Köln innerhalb von 3 Wochen sowohl ein EU-Gipfel als auch ein G7-Treffen stattfinden. Zur Vorbereitung von Gegenaktivitäten (Gegenkongreß, Großdemonstration, etc.) trafen sich nun erstmals verschiedene Menschen, Gruppen und Organisationen aus NRW und dem übrigen Bundesgebiet.

Ein nächstes Vorbereitungstreffen soll am Samstag, den 27. Juni 1998, um 13 Uhr im Antifareferat der Uni Köln stattfinden. Aufgerufen zur Mitarbeit sind alle Menschen und Gruppen, die der „Festung Europa“ und der herrschenden Weltwirtschaftsordnung etwas entgegenzusetzen wollen.

Wenn ihr nähere Informationen haben möchtet oder Interesse an der Vorbereitung der Mobilisierung in Bielefeld habt, schreibt an: *Infocafé „Anschlag“, clo Ladengruppe, Heeperstr.132, 33607 Bielefeld.*

Hoch die internationale Solidarität!
Aus der Vorbereitung ❄❄❄

Antifa heißt Busfahren

Rheine. Das *Bunte Linke Aktionsbündnis* (BLAB) ruft am 16. Mai zu einer Demonstration mit dem Motto „Für soziale Gerechtigkeit – gegen ‚law & order‘ kämpfen“ auf. Los geht es um 12 Uhr am Borneplatz in Rheine.

Das Bündnis bilden lokale Gruppen der *Jusos*, *SDAJ* und der *Autonomen Antifa Rheine*. Mit der Demo wollen sie die Auswirkungen der herrschenden Politik kritisieren: „Durch die sogenannten Globalisierungszwänge soll die soziale Schieflage gerechtfertigt werden, um nicht zugeben zu müssen, daß das System Ungerechtigkeit produziert. (...)“

Aufrufe und weitere Information können angefragt werden bei: *Buntes linkes Aktionsbündnis (BLAB), clo ABW, Kugelimpfen 7, 48431 Rheine*

gd ❄❄❄

Reclaim The Street

Bielefeld. Ein Großaufgebot der Polizei bemühte sich am 25. April vom Nachmittag bis in die späte Nacht hinein, am Bielefelder Siegfriedsplatz ca 300 TeilnehmerInnen der *Reclaim The Street Party* des *Anti A 33 Hüttendorfes* festzunehmen.

Ursprünglich sollte die Party am Bielefelder Hauptbahnhof beginnen. Trotz ordnungsgemäßer Anmeldung verbot jedoch die Bielefelder Polizei spontan die Veranstaltung, so daß die HüttendorferInnen in kleinen Gruppen zum Siegfriedsplatz zogen, um dort weiterzufeiern. Doch auch hier trafen sie auf wenig Verständnis seitens der Polizei. Unter dem Vorwand der Ruhestörung und des Barrikadenbaus kesselten sie die Anwesenden ein, um sie anschließend nach mehreren abgelehnten Verhandlungsangeboten der VeranstalterInnen zu verhaften. Wie üblich gingen die Einsatzkräfte dabei nicht gerade zimperlich vor: vom Schleifen über den Asphalt und Verdrehen der Arme, über Einsatz von CS Gas bis hin zu sexueller Belästigung von Frauen reicht die Palette der Gewaltausübung der Polizei. 165 Verhaftete wurden über Nacht in polizeilichen Gewahrsam genommen und erst am nächsten Morgen wieder freigelassen. Einige von ihnen werden mit Verfahren wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt u.a. zu rechnen haben.

Während am 29.4. als Reaktion auf den Polizeikessel eine Demo mit ca. 300 Menschen stattfand, zu der u.a. die *Linke Liste* der Uni Bielefeld und *Bündnis 90/ die Grünen* aufgerufen hatten, versuchte die Bielefelder Polizei immer noch ihr Handeln vom Wochenende zu rechtfertigen. Entschieden wies sie die Vorwürfe der Bielefelder *Grünen* zurück, sie habe bei der Auflösung der Demo die Verhältnismäßigkeit nicht gewahrt. Im Gegenteil, erst durch das besonnene Vorgehen der Beamten sei eine weitere Eskalation mit unabsehbaren Folgen verhindert worden.

Eine Presseerklärung des *Anti A 33 Hüttendorfes* befindet sich im Internet unter:

<http://www.nadir.org>
gd ❄❄❄

Termin Kalender

8.5.: Vortrag der HistorikerInnen Simone Erpel und Grit Phillip • 19 Uhr • BürgerInnenwache • Bielefeld

9.5.: Angela-Alarm • Demonstration aus Anlaß des Besuchs von Angela Merkel in Ahaus • 12 Uhr • ab 10 Uhr bunte Angela-Äktschn • Rathaus • Ahaus

9.5.: Infoveranstaltung und Soliparty zum Wanderkirchenasyl • 20 Uhr • FraZe • Bielefeld

11.5.: Infoveranstaltung zum Argument der angeblichen „innerstaatlichen Fluchtalternative“ für KurdInnen in der Türkei • 19 Uhr • IBZ • Bielefeld

13.5.: Vortrag der Historikerin Ursula Krause-Schmitt und Waltraud Blass • Uni, Raum A2-122 • Bielefeld

15.5.: Infoveranstaltung mit VertreterInnen der sans papiers aus Frankreich • 19 Uhr • IBZ

19.5.: Lesung mit Horst Tomeyer • Bunker Ulmenwall • Kreuzstraße null • Bielefeld

19.5.: Vortrag „Menschenzucht und Antisemitismus. Die Lehre des Silvio Gesell“ von Peter Bierl • 19 Uhr • Sumpflume • Kleiner Veranstaltungssaal • Stockhof 2a • Hameln

20.5.: AJZ-Solidisco mit DJ Claudia und dem Rapper Ricki und den Breakdancern „Bahndamm-Rocker“ • 22 Uhr • AJZ

20. 5. bis 24.5.: Frühlingcamp Wilde Wiese • am BZA Ahaus • Infos: 02561-961951

22.5.: Kundgebung mit Eugen Drewermann und VertreterInnen der Aktion „Kein Mensch ist illegal / Wanderkirchenasyl Bielefeld“ • 17 Uhr • Bielefeld

23.5.: Rock gegen Atommüll • am Camp in Ahaus

24.5.: Brunch mit anschließendem Flohmarkt • Wagenburg Wagabanda • Bielefeld

30.5.: Demonstration „Kampf den Eliten – Kampf dem CC“ • 13.30 Uhr • Bahnhofsvorplatz • Coburg

10.6.: Demonstration „Uns rechts“ • gegen Sozialabbau und Rassismus • 14 Uhr • Jahnplatz • Bielefeld

Treffpunkt in den Gemeinden des Kirchenasyls (jeweils 15 Uhr)

montags: freikirchliche Gemeinde

dienstags und mittwochs: Bodelschwinggemeindegemeindehaus

donnerstags: Matheusgemeinde, ab 18 Uhr offenes Treffen der Aktion „Kein Mensch ist illegal / Wanderkirchenasyl“ in Bielefeld – am 14.5. in der Markusgemeinde

freitags: Luthergemeindehaus – am 15.5. im Café International der Apostelgemeinde (Brückenstraße)

smastags und sonntags: Matheusgemeinde – am 9.5. Treffen der bundesweiten Initiative „Kein Mensch ist illegal“

Termin Kalender